

Aktuelle Positionen der PDS zur Handwerks-Politik

Mecklenburg-Vorpommern
Landtag, PDS-Fraktion
11. März 2003

Antworten der PDS-Fraktion im Landtag M-V und der PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Pau zum Forderungskatalog des Handwerks

Die Situation der Handwerker in Mecklenburg-Vorpommern ist besorgniserregend. Sie haben den Politikerinnen und Politikern von Bund und Land ihre Forderungen übergeben. Wir – die Mitglieder der PDS-Landtagsfraktion und die Vertreterinnen der PDS im Deutschen Bundestag - möchten Ihnen darlegen, wie wir dazu stehen.

Handlungsbereich Sozial-, Steuer- und Finanzpolitik

Sie fordern ein, dass die Stärkung der Wirtschaftskraft bei allen Maßnahmen oberste Priorität haben muss und sprechen sich dafür aus, dass die Steuer- und die Sozialversicherungssysteme zugunsten einer Nettoentlastung generell reformiert werden müssen. Zu Ihren konkreten Vorschlägen gehört u.a. die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes.

Für die PDS bilden **Handwerk und Mittelstand das Rückgrat** der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern sowohl hinsichtlich des Waren- und Leistungsangebots als auch u.a. bezüglich des Arbeits- und Ausbildungsplatzpotentials.

In der Tat müssen Reformen im Steuer- und Sozialsystem die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen vorrangig beachten. Sie fordern keine Steuererhöhungen und keine neuen Steuern.

Die PDS spricht sich bei der generellen **Reformierung des Steuersystems** dafür aus, von der Besteuerung von Arbeit und produktiven Grundvermögen weg und hin zu einer Besteuerung von nichtproduktiven Geldvermögen zu kommen. Eine solche Reform kann mit neuen Steuern einhergehen, weil wir es für unverantwortlich halten, dass sich große Geldvermögen immer weiter der sozialen Verantwortung entziehen.

Das Steuer- und Abgabekonzept der PDS sieht insgesamt eine rechtsformunabhängige Besteuerung aller unternehmerischen Einkünfte über eine Betriebssteuer mit gewinnabhängig steigenden Steuersätzen vor. Kleine und mittlere Unternehmen, die sich für die Beschäftigung

und Ausbildung in der Region engagieren, sollen steuerlich entlastet werden. Die PDS ist für eine konsequente Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Dies würde für viele kleine Handwerksbetriebe eine Entlastung bedeuten. Die Körperschaftssteuer von 25 Prozent möchten wir beispielsweise durch eine gestaffelte Körperschaftssteuer von 15 bis 35 Prozent ersetzen. Wir unterstützen die Förderung von Existenzgründern und Kleinstunternehmen durch eine Minimalbesteuerung.

Reformen im Steuer- und Sozialsystem müssen aus Sicht der PDS sozial ausgewogen erfolgen. Das bedeutet auch, dass Reformen zulasten von Beschäftigten, Arbeitssuchenden und sozial Schwachen bei der PDS keine Zustimmung finden.

Ihre Forderung zur Reduzierung des **Mehrwertsteuersatzes** stimmt voll mit unserer Auffassung überein. Seit langem kämpft die PDS darum, die Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen, insbesondere für Reparaturarbeiten des Handwerks, zu halbieren bzw. auf 7 Prozent herabzusetzen. Unseres Erachtens führt die Anwendung eines ermäßigten Mehrwertsteuersätze zu niedrigeren Verbraucherpreisen, womit die Nachfrage nach diesen Leistungen angeregt, aber auch der „Schwarz“-Einkauf solcher Leistungen vermindert werden könnte.

Dieser Vorschlag der PDS wurde - wie andere- im Bundestag abgelehnt. Zur Vervollständigung ihrer Information fügen wir eine Übersicht der diesem Handlungsbereich entsprechenden Drucksachen an:

- DS 14/11 „Wiedererhebung der Vermögenssteuer“ vom 28.10.1998
- DS 14/6112 „Wiedererhebung der Vermögenssteuer“ vom 17.05.2001
- DS 14/27 „Besteuerung von Luxusgegenständen“ vom 10.11.1998
- DS 14/2912 „Besteuerung der Unternehmen nach deren Leistungsfähigkeit“ vom 15.03.2000
- DS 14/1192 „Bekämpfung der Steuerkriminalität durch kontinuierliche und bundeseinheitliche Betriebsprüfung“ vom 18.06.1999
- DS 14/7109 „Erbchaftsbesteuerung sofort reformieren“ vom 11.10.2001
- DS 14/840 „Einführung einer Steuer auf spekulative Devisenumsätze (Tobin-Steuer)“ vom 23.04.1999
- DS 14/64 „Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Leistungen“ vom 25.03.1999
- LT DS 3/289 „Antrag der PDS und der SPD auf Wiedererhebung der privaten Vermögenssteuer“ vom 31.03.1999
- LT DS 4/36 „Einnahmesituation verbessern“ vom 25.11.2002

Handlungsbereich: Förderung des handwerklichen Mittelstandes

Zur Förderung des handwerklichen Mittelstandes halten Sie vor allem eine wirtschaftsnahe und verträgliche Arbeits- und Sozialpolitik für erforderlich, insbesondere soll die Förderung zur Sicherung der betrieblichen Ausbildung fortgeführt werden. Auch schlagen Sie eine Erhöhung der Investitionsquote vor. Hinzu kommt der Vorschlag einer Mittelstandsverträglichkeitsprüfung in Gesetzgebungsverfahren.

Die PDS orientiert im Bereich der **Arbeitsmarktpolitik** vor allem auf die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe, worin auch das Handwerk seinen Platz hat. Wir stimmen mit Ihnen überein, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen keine Konkurrenz zu typischen Leistungsfeldern des traditionellen Arbeitsmarktes entwickeln dürfen. Wir sehen in der Erledigung sozialer, kultureller und ökologischer Aufgaben für öffentlich geförderte Beschäftigung ein weites Betätigungsfeld.

Handwerk und Politik sollten gemeinsam besondere Aufmerksamkeit auf die Sicherung der **Ausbildung** lenken. In den kommenden Jahren haben alle Berufszweige, so auch die Innungen des Handwerks einen mehr oder weniger ausgeprägten Generationswechsel zu bewältigen. Zur Sicherung der Leistungs- und Angebotsvielfalt für die Bevölkerung des Landes ist diese Herausforderung zu meistern. Dazu sind aus Sicht der PDS Nachfolgeregelungen gesetzlich zu fixieren. Gekoppelt mit einer angemessenen Bezahlung sieht die PDS hierin die Chance, der Abwanderung junger Leute Einhalt zu gebieten. Konkret unterstützen wir die Bildung von Ausbildungsverbänden von kleinen und mittleren Unternehmen. Wir setzen uns für die Fortführung der Unterstützung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung ein. Generell sind wir für die Einführung einer Ausbildungsumlage, um alle Unternehmen gerecht an den Kosten zu beteiligen.

Nachweislich hat die Steuerpolitik der Bundesregierung neben der Konjunkturschwäche zu immensen Steuerausfällen geführt, so dass in Bund, Ländern und Kommunen die Gelder für **Investitionen** immer knapper werden. Insbesondere ist eine Gemeindefinanzreform überfällig, die die Auftragslage der Klein- und Kleinstunternehmen sowie des Mittelstandes durch eine zuverlässige Finanzausstattung sichert. Zur Unterstützung dieser Forderung hat die PDS gemeinsam mit der SPD im November 2002 einen Antrag „Einnahmesituation

verbessern“ im Landtag eingebracht. Danach wird die Landesregierung aufgefordert, sich gegenüber dem Bund u.a. für eine grundlegende Gemeindefinanzreform auf Bundesebene einzusetzen.

Die Koalition von PDS und SPD hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu bekannt, dass der Bestandspflege und der Verbesserung der Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen vor allem im Hinblick der Beratung in kaufmännischen Fragen, eines verbesserten Marktauftritts und der Konsolidierung besondere Aufmerksamkeit gilt.

Darüber hinaus spricht sich die PDS bei der **Unternehmensfinanzierung** dafür aus, dass Kleinstkredite aus den Ratinganforderungen nach Basel II zu entlassen sind. Generell müssen öffentliche Banken, Sparkassen und Industrie- und Handwerkskammern noch gezielter über Ratinganforderungen nach Basel II informieren.

Die öffentlichen Banken und Sparkassen sollten die Versorgung der kleinen und mittleren Unternehmen weiterhin sichern. Dabei geht es auch darum, die Besicherung von Krediten für den Warenankauf bei Aufträgen zu vereinfachen.

Die Landesregierung muss ihrerseits die Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen verbessern, indem sie beispielsweise Risiko- und Beteiligungskapital bereit stellt sowie die Bürgschaftsvergabe gezielter und vereinfacht vornimmt. Die Koalition von SPD und PDS hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, durch die Weiterentwicklung und Optimierung der vorhandenen Finanzierungsinstrumente die Durchleitung von Förderkrediten des Bundes zu verbessern sowie den Zugang der Unternehmen zu Beteiligungskapital zu erleichtern. Soweit Unternehmen mit guter Bonität keinen Zugang zu Krediten erhalten, ist für dieses Problem eine Lösung zu finden. In diesem Zusammenhang prüft die Landesregierung die Errichtung einer Landesförder- bzw. Investitionsbank. PDS und SPD haben sich vorgenommen, die Förderangebote des Landes übersichtlicher zugestalten, die Förderprogramme zu straffen und soweit möglich mit denen des Bundes zu kombinieren. Die Durchführung von Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank soll auch für die Hausbanken attraktiver gestaltet werden.

Da sich kleinere Handwerksbetriebe oftmals nicht in der Lage sehen, den Förderdschungel zu durchdringen, wird sich die PDS dafür einsetzen, Beratung und Unterstützung bei der

Fördermittelbeantragung zu intensivieren und nach Möglichkeit an einer Stelle im Land zu konzentrieren.

Als Knackpunkt für eine zeitgemäße **Sozialpolitik** sieht die PDS, dass die erforderlichen Finanzmittel seitens der Unternehmen gerechter erhoben werden müssen. Wir schlagen eine Umbasierung der Arbeitgeberanteile der Sozialversicherungsbeiträge von den Lohnkosten auf die Wertschöpfung vor. Dies würde gerade für das überwiegend personalintensive Handwerk und Gewerbe erhebliche Entlastungen bringen.

Insbesondere dieser Vorschlag könnte durch Sie, die eigentlichen „Nutznießer“, engagierte Unterstützung gebrauchen, um in der Politik mehr Beachtung zu finden.

An dieser Stelle wieder die Informationen im Überblick:

- DS 14/14 „Gesetz zur solidarischen Ausbildungsfinanzierung“ vom 04.11.1998
- DS 14/5559 „Kleinunternehmer-Hilfsfonds effektiv organisieren und gesetzliche Voraussetzungen für eine Nachfolgeregelung schaffen vom 14.03.2001
- DS 14/5163 „Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz AVmG)“ vom 25.01.2001
- Diskussionsangebot der PDS Bundestagsfraktion :Wertschöpfungsabgabe statt lohnbezogener Arbeitgeberanteile zu den gesetzlichen Krankenversicherungen oder der Beitrag des technischen Fortschritts zur sozialen Sicherung“, Juli 2000
- Landtags-DS 3/2910 „Basel II“ vom 15.05.2002

Handlungsbereich: Durchsetzung einer mittelstandsfreundlichen Vergabepolitik und Verbesserung der Zahlungsdisziplin

Im Zusammenhang mit der Vergabepolitik thematisieren Sie die Rolle der **Kommunen im wirtschaftlichen Geschehen**. Die PDS hält im Gegensatz zu Ihnen eine begrenzte wirtschaftliche Tätigkeit von Kommunen für die Gewährleistung deren gesamten Aufgabenspektrums für unerlässlich. Zum einen muss den Kommunen die Möglichkeit bleiben, Aufgaben ihrer Interessenlage entsprechend selbst zu erfüllen, zum anderen braucht sie zur Erfüllung vielfältigen Verpflichtungen auch eigene Einnahmebereiche.

Wir stimmen mit Ihnen wieder überein, wenn es um Privatisierungen einst kommunaler Unternehmen geht. Hierbei sollten die bisherigen **öffentlichen Bindungen** erhalten bleiben. Ihrer Forderung nach einer Vergabe grundsätzlich an den wirtschaftlichsten Bieter können wir folgen, wenn damit nicht der billigste Anbieter gemeint ist und außerdem solche Kriterien wie Tariftreue, Beschäftigung in der Region oder Ausbildung als Auswahlkriterien akzeptiert werden.

Ihre Forderung nach öffentlichen Ausschreibungen zu mittelstandfreundlichen Losen unterstützen wir selbstverständlich. Aber wir halten auch die Bildung von Bieter- und Arbeitsgemeinschaften mehrerer Unternehmen zur Akquirierung größerer Ausschreibungen für empfehlenswert.

Wir stimmen mit Ihnen überein, dass das Gesetz zur **Beschleunigung fälliger Zahlungen** dringend nachgebessert werden muss. Es hat sich sozusagen als „zahnloser Tiger“ entpuppt. Reformbedarf besteht im Mahnverfahrensrecht und Novellierungsbedarf in der VOB.

Erinnern möchten wir in diesem Zusammenhang, dass auf Initiative der PDS im Bundestag im Bundeshaushalt 2001 ein „Hilfsfonds für durch kriminelle Machenschaften in wirtschaftliche Not geratene Handwerker und Kleinunternehmer“ in Höhe von 5 Mio. DM eingerichtet wurde. Dass Auftraggeber nicht nur plötzlich zahlungsunfähig werden, sondern mit den abenteuerlichsten –formal aber legalen Tricks – sich ihrer Zahlungspflicht entziehen können, ist unseres Erachtens ein unhaltbarer Zustand.

Abschließend der informatorische Überblick:

- DS 14/4036 „Sicherung tariflicher, arbeits- und sozialpolitischer Standards und Förderung arbeitsmarktpolitischer Zielsetzungen durch ein Vergabegesetz“ vom 05.09.2000
- DS 14/799 „Zahlungsforderungen schneller durchsetzen – Zahlungsunmoral bekämpfen“ vom 20.04.1999
- Rede von Kerstin Kassner, MdL, vor dem Landtag zur Beratung des Vergabenachprüfungsgesetz vom 19.05.1999
- Rede von Dr. Martina Bunge, MDL, vor dem Landtag zur Beratung des Antrages der CDU „Zahlungsmoral in Mecklenburg-Vorpommern“ vom 30.01.2003

Handlungsbereich: Gleichbehandlung der am Markt beteiligten Unternehmen, Bekämpfung von Schwarzarbeit

Wir stimmen mit Ihnen überein, dass **Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft** der wirtschaftlichen Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen abträglich ist. Zur Unterbindung reicht aber unseres Erachtens nicht allein das Wirken der Arbeits- und Ordnungsämter. Bauherren und Erstauftraggeber stehen ebenso in Verantwortung. Zu dem „Schwarz“-Einkauf privater Verbraucher haben wir uns bereits positioniert.

Das A und O für die wirtschaftliche Lage von Handwerk und Mittelstand ist jedoch die gesamte Auftragslage. Je mehr investiert wird und je mehr Kaufkraft vorhanden ist, umso entspannter ist die Konkurrenzlage am Markt, umso selbstverständlicher erfolgt Gleichbehandlung aller am **Markt** beteiligten Unternehmen.

In der Koalitionsvereinbarung haben sich PDS und SPD darauf verständigt, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung konsequent zu bekämpfen und dazu gemeinsam mit Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden Vorschläge zu erarbeiten. Zusammen mit den Kommunen sollen entsprechende Modellprojekte initiiert werden.

Handlungsbereich: Zukunft durch Bildung

Sicher, die Jugend ist unsere Zukunft. Wir sehen jedoch als Anforderung für ein effizientes Bildungssystem vom Vorschulbereich bis zur beruflichen Ausbildung nicht allein die Herausbildung von **Humankapital**, sondern jeder Einzelne sollte entsprechend seiner individuellen Voraussetzungen ein Maximum an anwendungsbereitem Wissen und Können erreichen, über soziale Kompetenz verfügen und die Fähigkeit, entwickeln, gebotene Möglichkeiten selbständig weiter zu nutzen.

Grundsätzlich erfordert schulische Ausbildung vielfache Anstrengung, Leistungsbereitschaft und Leistungswillen. Aber allein das **Leistungsprinzip** durchzusetzen und beispielsweise nur Notendurchschnitte zu bewerten, halten wir für zu einseitig. Es geht darum, die Fähigkeiten und Fertigkeiten des Einzelnen zu beachten und diese optimal zu fördern und auch zu fordern. Die unbefriedigenden Ergebnisse der Schulpolitik des vergangenen Jahrzehnts verlangen

künftig höchste Aufmerksamkeit für diesen Bereich. Unseres Erachtens braucht der Bildungsbereich bundesweit einheitliche Bildungsstandards und Qualitätssicherungssysteme.

Anzuerkennen ist in der gegenwärtigen Debatte um den **Meisterbrief** Ihr Streben nach Qualitätssicherung. Sie befürchten zusätzliche Konkurrenz durch nicht ausreichend qualifizierte „Billiganbieter“. Die Niederlassungsfreiheit im Zuge der EU-Osterweiterung wird uns auf dieser Strecke künftig noch vor neue Herausforderungen stellen.

Handlungsbereich: EU-Osterweiterung

Sie fordern für die EU-Osterweiterung zu Recht eine **Übergangszeit** mit besonderer Unterstützung zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung und zur Anpassung an die neuen Wettbewerbssituationen ein.

Diese Übergangszeit läuft allerdings bereits seit einigen Jahren, jedenfalls seitdem die Aufnahme neuer Mitglieder und insbesondere Polens beschlossen wurde.

Die PDS teilt Ihre Kritik, dass diese Übergangszeit bisher nicht entschlossen genug genutzt wurde. Das durch die Europäische Kommission, insbesondere Herrn Verheugen, angekündigte Hilfsprogramm wurde zwar noch aufgestockt - unter anderem durch den engagierten Einsatz des PDS-Europaabgeordneten André Brie -, fällt allerdings insgesamt zu gering aus, um alle infrastrukturellen Defizite in der deutsch-polnischen Grenzregion schnell abzubauen.

Entsprechende **Projekte** werden wesentlich durch die Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg ausgewählt und gefördert. Hier sind auch Sie gefordert, Ihren Verbänden bei dieser Aufgabe unter die Arme zu greifen!

Die Landesregierung hat mit Unterstützung der PDS ihre Beteiligung an der deutsch-polnischen Wirtschaftsfördergesellschaft genutzt, um ganz konkrete Projekte zur Unterstützung des Mittelstandes bei der Orientierung auf den polnischen Markt zu forcieren. So können Partnerschaften bis hin zu Aufträgen und Kundenkontakten schon heute vermittelt und gefördert werden. Es stehen umfangreiche detaillierte Informationen und ein Netz von guten Kontakten zur Verfügung, um den enormen Markt des Großraumes Stettin erschließen zu können. Einfach ist diese Aufgabe jedoch nicht und ratsam ist ein Engagement hiesiger klein- und mittelständischer Unternehmen in Polen nur, wenn auch auf dem einheimischen Markt fest Fuß gefasst wurde.

Die PDS hat ebenso Wert darauf gelegt, dass Projekte einer **gemeinsamen Berufsausbildung** für junge Leute beiderseits der Grenze ausgebaut werden können und so dem Mittelstand zweisprachig ausgebildete Fachleute zur Verfügung gestellt werden können.

Die PDS unterstützt ebenso Ihre Forderung nach einer Beibehaltung der bisherigen **Fördermöglichkeiten auch über 2006** hinaus. Dazu muss man allerdings auch sagen, dass dies nur bei einer Erhöhung des Gesamthaushaltes der EU, also auch des Beitrages Deutschlands, möglich ist. Unabhängig davon, wie lange uns und Ihnen Übergangsfristen gewährt werden, müssen wir gemeinsam und sehr schnell handeln, um die Chancen des EU-Beitritts Polens für Mecklenburg-Vorpommern zu erschließen.